

Deutschland.
O. K. C. Landtags-Verhandlungen.
Berlin, 1. Juni.

5. Sitzung des Herrenhauses.

Eröffnung 12 1/2 Uhr. Am Ministerische: Am Anfang der Sitzung Niemand, später Ministerpräsident Graf Bischoff. Die Bänke des Hauses sind verhältnismäßig stark besetzt; es sind circa 90 Personen im Saale anwesend; auch auf den Tribünen sind diesmal einige Zuhörer, ebenso in der Loge für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses.

Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Bernigerode eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen; u. A. theilt er mit, daß Graf Hardenberg als erbliches Mitglied in das Haus berufen und bereits eingetreten sei. Er begrüßt denselben mit dem Wunsch, daß er mit gleichem Interesse und mit gleicher Theilnahme, wie sein verstorbenen Vater, an den Arbeiten des Hauses theilnehmen möge. — Auf Befragen erklärt Graf Hardenberg, daß er den Eid auf die Verfassung bereits geleistet habe.

Sodann wird ein Schreiben des Fürsten zu Saxe-Weimar, Mitglied des Herrenhauses, mitgetheilt, worin dieser erklärt, daß er zu seinem Bedauern durch Krankheit verhindert sei, an den Sitzungen des Hauses theilzunehmen, daß er aber sonst für die Bundesverfassung gestimmt haben würde.

Darauf wird ein Schreiben des Freiherrn v. d. Büsche-Streithorn verlesen, worin dieser aus Veranlassung der bei ihm in Hannover und auf seinem in Westfalen gelegenen Gütern abgehaltenen Hausfeste, erklärt, daß, wenn er auch seine Sympathien für das Welfenhaus nie verleugnen werde, er doch nie der Pflichten uneingedenk sein werde, die er als Unterthan des Königs von Preußen und als Mitglied des Herrenhauses habe. Da es ihm nun durchaus nicht gleichgültig sei, was das Herrenhaus über ihn denke, so erkläre er auf Ehre und Gewissen, daß er sich in keinerlei Verbindungen gegen Preußen eingelassen habe und nie und nimmermehr einlassen werde. Von Conspirationen und Verbindungen für die hannoversche Armee wisse er nur das, was er in den Zeitungen davon gelesen.

Präsident Graf Stolberg: Ich glaube, daß das Haus mit Genugthuung die Erklärung des Herrn v. d. Büsche vernommen hat.

Nachdem darauf Mittheilung von verschiedenen Eingängen aus dem Abgeordnetenhaus gemacht worden, wird in die Tages-Ordnung eingetreten, deren einziger Gegenstand die Schlussberatung über die Verfassung des norddeutschen Bundes.

Referent Dr. Heffter hat den Antrag gestellt:

„Das Herrenhaus wolle beschließen: über die Vorlage nach dem Schlusse der allgemeinen Discussion ohne weitere Beratung im Ganzen abzustimmen“

und in der Sache selbst: „Dem von der königlichen Staatsregierung vorgelegten Verfassungsentwurf nebst dem Publications- und Einführungsgebot die Zustimmung zu erteilen.“

Ref. Dr. Heffter befragt seine Anträge, indem er zunächst nachzuweisen sucht, daß die vorgelegte Verfassung mit den vom preussischen Landtage und speciell vom preussischen Herrenhaus wahrzunehmenden Rechten einmüthig sei. Er geht hierbei auf einzelne Verfassungsbestimmungen ein. Es sei allerdings zunächst nur ein norddeutscher Bund projectirt; dieser könne aber endlich für sich selbst bestehen und dann würden auch den süddeutschen Staaten die Thore geöffnet. Die einheitliche künftige Militärgewalt liege in einer Hand, in der Hand des Königs von Preußen und die nöthigen Finanzmittel seien gewährt. Die vorgelegte Verfassung unterscheidet sich allerdings von der im Jahre 1849 in Frankfurt und 1850 in Erfurt beschlossenen dadurch, daß hier nur ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangener Reichstag, dort aber ein Ober- und Unterhaus, resp. Staats- und Volksräthe vorgezogen seien.

Das Herrenhaus habe nun bei Beratung des Reichswahlgesetzes in einer Resolution anempfohlen, ob nicht neben der Reichsversammlung ein Staatenhaus konstituiert, ob nicht die Hälfte der Reichsvertretung aus der Klasse der Ständebestruenten hervorgehe. Er behaupte es, daß diese Resolution nicht berücksichtigt worden sei, glaube aber, daß dieser Umstand eine Ablehnung der Verfassung nicht motiviren könne. Denn endlich würden durch den Bundesrath, der vollen Stimmrecht neben dem Reichstag habe, die conservativen Interessen hinreichend gewahrt werden und dann würden in Folge davon, daß keine Wahlen an die Abgeordneten gewählt würden, die Conservativen und die Ständebestruenten wohl genügend im Reichstage vertreten sein. — Auch der Nachtheil des preussischen Staates und der preussischen Krone seien durch die Abgrenzung der militärischen Einrichtungen des Bundes entschädigt. Die militärische Entwicklung unserer Zeit. Preußen hätte künftig nicht mehr allein die Militärlast zum Schutze ganz Deutschlands zu tragen. Man habe ein Bedenken dagegen geäußert, daß die Friedenspräsenzstärke der Armee und das zur Aufrechterhaltung derselben erforderliche Geld nur bis 1871 bewilligt sei; indeß sehe er hierin keine Gefahr, da ja, wenn ein neues Gesetz nicht zu Stande käme, das Geld fortgehoben würde. Es sei ferner ein Mangel, daß die Rechte der Reichsmittelbaren in der Verfassung nicht anerkannt wären, dies sei um so bedauerlicher mit Rücksicht auf den erwarteten Zutritt von Süddeutschland, da es dort viele und bedeutende solcher Familien gebe.

Nachdem Redner noch andere Ausstellungen gemacht, u. A. die Straffreiheit der Richter über die Verhandlungen und die Straffreiheit der Abgeordneten, fuhr er fort: Auch alledem muß ich Ihnen, wenn auch ohne Enthusiasmus, so doch aus voller Ueberzeugung die Annahme der Verfassung empfehlen. Denn Unvollkommenheiten giebt es überall und sind nirgends zu vermeiden. Und ich glaube, wir können hier vertrauen auf die Einsicht des Schöpfers dieses Planes, des großen Staatsmannes, welcher gegenwärtig die Geschichte des preussischen Staates leitet. Dazu kommt, daß die Unvollkommenheiten nicht fundamentaler Art, sondern veränderlich sind. Ich bitte Sie deshalb, durch Ihr Votum den ersten bestätigenden Hammerschlag auf das Fundament des neuen Bundes zu geben.

Hr. v. Senft-Pilsach: Es ist sehr erfreulich, wenn man in dieser Saal hineinsetzt, noch eine so große Zahl von Anwesenden zu sehen. Schon diese Zahl beweist deutlich das lebendigste Interesse für die Sache. Ich glaube auch nicht zu irren, wenn ich annehme, daß im ganzen Hause kein einziger verneinendes Votum abgegeben werden wird. Natürlich wird nicht einig mit jedem Artikel einverstanden sein, aber jeder Anfang ist schwach und klein, und der Mensch fängt als Kind an. Es ist sehr merkwürdig, daß die Verfassung bis jetzt so weit gelungen ist. Denken Sie an frühere Zeiten und Sie werden sich erinnern, daß gar manche Männer mit Sehnsucht darnach verlangt haben, daß die Verfassung sich so gestalten möchte, wie sie heute vorliegt. (Redner citirt zum Beweise dessen einen Vers Alfers.) Ich könnte einzelne Wünsche, die ich in dieser Verfassung realisiert sehen möchte, anbringen; der Referent hat schon einige hervorgehoben, ich möchte noch z. B. den hinzusetzen, daß jeder einzelne Abgeordnete nur in seinem Wahlkreise gewählt wird, damit nicht Verhältnisse eintreten, wie wir sie jetzt haben, wo im Abgeordnetenhaus 40 Berliner sitzen. Ich kann es nicht unterlassen, meine Schreie gegen die Fürsten und freien Städte auszusprechen, die sie sich auferlegt. Sr. Majestät verbunden, wegen der Beschränkungen, die sie sich auferlegt.

Namentlich meine ich auch Seine Majestät den König von Sachsen. Es wird Niemand so ultraliberal sein, die Einheit Deutschlands auf einmal zu wollen. Die Regierungen haben jetzt das Jhrige gethan; nun tritt die Frage heran, was thut das Volk? Wird dasselbe so weiter verfahren, wie es seit 19 Jahren gethan hat, verfährt durch den grollenden Einfluß der Zeitungen? Wenn ich daran denke, bis zu welchem Grade diese Verführung ging, wie man die Patrone auswarf: Nimmer mit diesem Ministerium! Keine Verführung! meine Herren, mit diesem selben Ministerium, so kann ich meiner Ignoranz keine Worte leihen.

Vielleicht wird ein anderer Herr Redner die Güte haben, dies weiter auszuführen. Das in den verschiedenen deutschen Ländern Separatinteressen zu fördern, namentlich zwischen Nord- und Süddeutschland, wird Niemand leugnen, das liegt in der Abwechselung von Berg und Thal. Aber schon in den ältesten Zeiten hat eine Verbindung zwischen beiden bestanden, und auch jetzt ist dieselbe offen gehalten. Es ist übrigens eine eigenthümliche Erscheinung, daß die evangelischen Kirchen in Berlin unter der Leitung süddeutscher Pfarrer stehen. Wir haben außerdem die Gemeinschaft in dem Besitz alter Werte der Wissenschaft und Kunst, in den Universitäten, endlich in unserer edeln,

höflichen deutschen Sprache. Aus Süddeutschland haben wir das Geschlecht der Hohenzollern. Die Süddeutschen können unsere norddeutschen Städte, wie Hamburg, Albed, Bremen, Leipzig, nicht entbehren. Der Charakter der Bevölkerung in den großen Städten ist immer mehr cosmopolitisch in Folge des allgemeinen Weltverkehrs; der vaterländische Sinn für deutsches Wesen findet man mehr in Dörfern. Eminente Gelehrsamkeit geht meistens aus kleinen Städten oder Dörfern hervor. Der Herr Ministerpräsident ist eben so wenig wie seine sämtlichen Kollegen mit Spreewasser getauft. Vaterlandsliebe ist ein ungemein wichtiges Element in deutschen Verhältnissen, doch ist dieselbe in letzter Zeit etwas zurückgegangen, obgleich gerade das vorige Jahr auch Beispiele vom Gegentheil gegeben hat. Es ist gar mancher Vater im hohen Alter mit seinem Sohne gemeinschaftlich in den Krieg gezogen, Männer, Frauen und Mädchen linderten die Wunden des Krieges in der Gemeinlichkeit von Christi Liebe. Das geistige Band, das den Norden und den Süden umschlingt, ist zuerst von dem geistigen Schwerte des armen Mädchens Bonifacius gekündet worden. Ueberhaupt kann eine innige Nationalgemeinschaft nur durch geistige Bande geschaffen werden.

Die Bildung wird begleitet von dem furchtbar steigenden Luxus, von der Modeucht und Verschwendung, die alle Klassen des weiblichen Geschlechtes ergreifen. Es werden Millionen an Frankreich bezahlt für eitle Luxusartikel; allein für Seidenstoffe werden in einem Jahre nach Frankreich und Belgien 20 Millionen Thlr. aus dem Zollverein ausgeführt. Es ist das um so trauriger, als das Verderben deutscher Sitte lediglich nach schlechten Pariser Mustern geschieht. Unsere Damen müssen diese Moden nun einmal nachahmen.

Redner erinnert jedoch an die gewaltige Vertilgung deutscher Sitte und Sprache im Elsaß und Lothringen, spricht über den in deutschen Sprichwörtern sich ausprägenden deutschen Charakter und schließt mit einigen Betrachtungen über die deutsche Sprache. — Wenn jede Sprache den Beruf hat, das innere Leben zu fördern, so gilt dies namentlich von der deutschen; ich brauche nur auf Worte wie „Gemüth“, „Sehnsucht“, „Selbst“, hinzuweisen. (Beifall.)

Herr v. Kleist-Nowak hat mancherlei und zum Theil sehr ernste Bedenken gegen die Annahme der Reichsverfassung. Er faßt sie zusammen in dem Satz, daß die Macht der Vertretung, die hervorgehe als einheitlicher Körper aus allgemeinen und directen Wahlen, gegenüber den einzelnen Regierungen zu stark hervorgehoben sei. Zwar gebe der dritte Absatz des Artikels 62 der Reichsverfassung der Regierung eine gute Waffe in die Hände. Denn nach diesem müßten im Falle eines Conflictes die Mittel, welche das Bundespräsidium brauche, um das Militär auf dem gegenwärtigen Stande zu erhalten, als Matricularbeiträge von den einzelnen Regierungen zur Verfügung gestellt werden, abgeben, wie er besonders hervorhebe, von allen andern Einnahmen, die das Bundespräsidium aus den Zöllen, den Verbrauchssteuern, dem Post- und Telegraphenwesen u. habe. Der Ministerpräsident habe sich freilich gegen diese Interpretation im andern Hause ausgesprochen, doch habe er natürlich damit nur gemeint, die Regierung werde von dieser ihrer Befugnis nicht mit zu großer Maßlosigkeit Gebrauch machen, sondern sie würde nie mehr eintreiben, als sie brauche. — Redner faßt jedoch seine Bedenken auf; dieselben richten sich einmal gegen das Stimmverhältniß im Bundesrath, das zu ungünstig für Preußen sei, namentlich für den Fall des Hintritts Süddeutschlands, dann aber namentlich gegen die einzelnen des Reichsrath betreffenden Bestimmungen des Entwurfs, über die er sich des Weiteren äußert. Er werde er für die Annahme stimmen, denn die drohenden europäischen Verhältnisse verlangten für die norddeutschen Verhältnisse eine kräftige Consolidation. Der heilige Lebensstrom deutschen, preussischen, monarchischen Geistes, hoffe er, werde das Werk durchdringen; Gott wolle auch den Irrthum seinem Ziele dienlich zu machen. Darum sage auch er getrost und frohlich „Ja“ zu dem Werke.

Ein Antrag auf Schluß der General-Discussion wird abgelehnt.

Graf Brühl: Auch er werde nicht „Nein“ sagen, obgleich das vielleicht auffällig sein dürfte. Aber er halte es für unmöglich, daß jetzt auch nur für den Augenblick etwas nicht zu Stande komme, daß ein Factor der preussischen Verfassung ein Werk eines Nationalkörpers ablehnen könne. Er stimme jedoch mit schwerem Herzen dafür, daß die Grundlage des Werkes, das demokratische Wahlrecht, sei keine, der er sich anschließen könne. Er lehne deshalb jede Verantwortlichkeit ab und überlasse dieselbe ganz und gar der Staatsregierung, der es mit dem festen Kerne, den sie allerdings in dem geschwächten Budgetrechte der Volksvertretung besitze — in diesem Punkte schließt sich Redner der Interpretation des Herrn v. Kleist an — möglich werden dürfte, die Regierung im monarchischen Sinne zu führen und nicht bloß die Verbindung der deutschen Staaten herzustellen, sondern auch die mit Oesterreich. So stimme er für Annahme der Verfassung zwar nicht mit frohem Herzen, aber mit ruhigem Gewissen.

Hr. v. Kröcher: Ich habe die deutschen Einheitsbestimmungen von Anfang an mit einem gewissen Mißtrauen betrachtet, nicht etwa, weil ich kein Herz für Deutschland hätte, sondern weil ich fürchte, daß Preußen in Deutschland aufgehen könnte. Ich habe in der letzten Session auch gegen das Reichswahlgesetz gestimmt, weil ich große Bedenken gegen das allgemeine Wahlrecht habe. — Ich werde aber trotzdem heute für die Verfassung stimmen, weil das Zustandekommen derselben nöthig ist und wir etwas Besseres nicht an ihre Stelle setzen können. Auf eine allgemeine Kritik will ich mich nicht einlassen, sondern nur 2 Punkte hervorheben: 1. das Budgetrecht und speciell das Militärbudget und 2. das allgemeine Wahlrecht. Was den ersten Punkt anbetrifft, so kann ich die Bedenken nicht alle theilen, welche von conservativer Seite gegen die betreffenden Verfassungsbestimmungen ausgesprochen worden sind. Denn die Einnahmen und die Friedensstärke des Heeres stehen fest; und beide können nur durch ein neues Gesetz abgeändert werden. Allerdings hätten die Bestimmungen etwas klarer und deutlicher gefaßt werden können, da bei der jetzigen Fassung die Möglichkeit eines Conflictes nicht ausgeschlossen ist. Ich bin indes der Ansicht, daß wir einen solchen Conflict nicht zu fürchten haben, zumal wir dem preussischen Militär-Conflict viel zu danken haben. Denn durch den Conflict ist der Beweis geführt, daß die Demokratie ohnmächtig ist, wenn sie sich mit der königlichen Gewalt in einen Kampf einläßt, daß eine starke Regierung auch die erbitterteste Opposition nicht zu fürchten braucht und daß die Demokratie sich andere Kampfobjecte als die Armee wird suchen müssen. — Was das Wahlrecht anbetrifft, so halte ich allerdings das Dreiklassenwahlrecht für besser, zumal in aufgeregten Zeiten das allgemeine Wahlrecht leicht ein gefährliches Feld zu Massenagitationen werden kann. Indes wird die starke Regierung, welche in der Verfassung statuiert wird, auch hiergegen zu kämpfen wissen und siegen, wenn nur ihre Freunde sie genügend unterstützen. Und in dieser starken Regierung liegt der Keim für die bessere Zukunft Preußens und Deutschlands.

Fürst zu Solms-Lich: Ich muß der Ansicht entgegenreten, als ob für Preußen durch die Annahme der Bundesverfassung etwas verloren ginge. Was etwa aufgegeben worden ist, mußte aufgegeben werden im Interesse der Einheit. Dafür haben wir aber für Deutschland viel gewonnen an Einheit, an Würde und an Sicherheit.

Die Debatte wird darauf geschlossen und der Antrag I. des Referenten einstimmig angenommen; über Antrag II. (Annahme der Verfassung) wird namentlich abgestimmt.

Es werden 112 Stimmen abgegeben, welche sämmtlich für die Verfassung sind; dieselbe ist also einstimmig angenommen.

Der Präsident theilt mit, daß aus dem Abgeordnetenhaus zwei Gesetzentwürfe herübergekommen sind, der eine betreffend die Maissteuer im Kreise Wehlau, und der andere über die Einführung der Brandweinsteuer im Jagdbebiet; ferner ist eingegangen der siebzehnte Bericht der Staatsschulden-Commission. — Auf den Vorschlag des Präsidenten werden alle drei Gegenstände zur Schlussberatung gestellt und zu Referenten ernannt für den ersten Gegenstand Hr. v. Rabe, für den zweiten Hr. v. Mebing und für den dritten Hr. v. Bernuth.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung, am 24. Juni 11 Uhr. Tages-Ordnung: Die drei eben genannten Gegenstände, die zweite Lesung der norddeutschen Verfassung, das Gesetz über Aufhebung der Zinsbeschränkungen und ein Bericht der Matricul-Commission.

(Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über Maissteuer u. s. w. werden wir im Morgenblatte mittheilen.)

Berlin, 1. Juni. Se. Majestät der König empfingen heute Morgen den Regierungs-Präsidenten Grafen Calenberg und nahmen

den Vortrag des Kriegsministers und des General-Adjutanten General-Majors von Treßow entgegen.

Um 11 Uhr fanden im Beisein des Gouverneurs und des Commandanten militärische Meldungen und die Uebergabe der Monats-Rapporte seitens der betreffenden Commandeure an Se. Majestät statt und empfingen Allerhöchstdieselben hierauf noch den Oberstkämmerer Grafen Redern, den Oberst und Flügel-Adjutanten von Schweinitz und arbeiteten alsdann wieder mit dem Kriegsminister und General-Adjutanten von Treßow.

Später nahmen Se. Majestät die Vorträge des Geheimen Cabinets-Raths von Mähler und des Wirklichen Geheimen Rathes von Olfers entgegen. (St.-A.)

[Ueber die Reise des Königs nach Paris] kann die „B. B. Z.“ heute noch folgende genauere Details mittheilen. Der König reist am nächsten Dienstag um 6 Uhr Abends pr. Expresszug ab und kommt Mittwoch bereits um 3 Uhr Nachmittags in Paris an, so daß er noch am demselben Abend an dem großen vom Kaiser Napoleon ihm und dem russischen Kaiser gegebenen Feste theil nimmt. Er bleibt 10 Tage in Paris und geht sehr kurze Zeit nach seiner Rückkunft nach Gms. Anfang August begibt er sich zur Nachkur nach Ragaz. Für Mitte September ist der Gegenbesuch des Kaisers Napoleon am hiesigen Plage angelegt.

[Ministerielles.] Gestern Abend 8 Uhr fand im Ministerium des Auswärtigen eine vertrauliche Besprechung der Mitglieder des Staatsministeriums statt.

[Der französische Botschafter Benedetti] begibt sich nach Paris und will Mitte Juni hierher zurückkehren, um alsdann nach Karlsbad zu reisen.

[Die Riesenkanone.] Es bestätigt sich, daß der Geh. Rath Krupp in Offen die aus seinem Etablissement hervorgegangene Riesenkanone, welche in der Pariser Ausstellung die größte Bewunderung erregt, unserer Regierung zum Geschenk angeboten hat und daß über deren Annahme noch nicht entschieden ist. Wie der „Berl. Mont.-Ztg.“ aus guter Quelle berichtet wird, kostet Herr Krupp die Herstellung dieses Monstre-Geschützes selbst gegen 100,000 Thlr. und der Transport desselben nach Paris 2500 Thlr.

[Die Reorganisation der Elberzogthümer] wird, namentlich seit der Geh. Rath Elwanger seine Stellung als Vicepräsident der hollsteinischen Regierung angetreten hat, mit sehr großem Eifer betrieben. Man hofft noch die Arbeiten in Bezug auf die Justiz und Verwaltung im Laufe der nächsten Monate beenden zu können, doch macht die Trennung der Verwaltung von der Justiz enorme Schwierigkeiten.

[Der hannoversche Banquier Herr Ezechiel Simon] soll mehrere Millionen Thaler besitzen. Sein Vater, auch sehr reich, setzte vor etwa 20 Jahren aus krankhafter Furcht, er könne verarmen, seinem Leben in der Leine ein Ziel.

Hannover, 31. Mai. [Von der Marienburg.] Die Nachricht über die Sendung des Kammerherrn Grafen Kintgen bestätigt die offizielle „N. H. Z.“ mit der Bemerkung, daß der Graf vom königl. preussischen General-Gouverneur die Erlaubnis erhalten hat, sich nach Göttingen zu begeben, um wegen der Abreise der Königin Marie die Unterhandlung mit dem Könige Georg zu führen, wie dies Blatt andererseits die Meinung auspricht, daß Königin Marie zunächst nach Gummelsbain zu ihrem Vater, dem Herzoge Joseph von Altenburg, reisen dürfte.

Amerika.

Mexico. [Ueber die Einnahme von Queretaro und über das Schicksal des Kaisers Maximilian] bringt die „Wiener Ztg.“ folgende telegraphische Depesche aus Washington vom 31. Mai: „Queretaro wurde am 15. in den frühen Morgenstunden durch Ueberumpelung genommen. Der Kaiser zog sich in die obere Stadt zurück, allein ein heftiger Artillerieangriff zwang ihn, sich auf Discretion zu ergeben, mit Mejia und Castillo u. Cos. Die Depesche Escobedo's ist vom 16. datirt. Bis dahin war kein Gewaltact erfolgt. Ein anderes gutes Zeichen in Bezug auf die Absichten von Juarez ist die Freilassung von 600 in Puebla gefangenen Ausländern. Uebrigens verwehrt sich die Regierung der Vereinigten Staaten nachdrücklich für die Freilassung des Kaisers und dafür, daß für den persönlichen Schutz Sr. Majestät die zur Einschiffung gehörig werde.“

+ Breslau, 3. Juni. [Militärisches.] Gestern früh um 5 Uhr rückte das 1. Bat. des Schles. Füsilier-Reg. Nr. 38 von hier nach seiner neuen Garnison Görlitz ab, nachdem es am Blücherplatz Aufstellung genommen und der Herr Regimentscommandeur, Oberst v. Neumann, eine Ansprache an die Truppen gehalten hatte. Das Musikcorps des 51. Inf.-Reg. geleitete bis zum Reichthum der Stadt das abziehende Bataillon, welches einen Marsch von 4 Meilen an diesem ersten Tage zurücklegen muß und in Neumarkt und Umgegend Nachquartier hält.

Δ Breslauer Pferderennen. Erster Tag. Obwohl die Witterung sehr günstig, vielleicht auch weil die Hitze zu tropisch war, fand das heutige Rennen keine so große Theilnahme von Seiten des Publikums, wie in früheren Jahren; insbesondere war die große Tribüne wenig besetzt. Trotzdem umwogte ein reges Leben den weiten Platz und laute Zurufe galten den Siegern im edlen Wettkampfe. Als Richter fungirte der Herzog von Ratibor, Assistent desselben war Baron v. Ruschwig; die spezielle Leitung übernahm L. Graf Hendel von Donnersmard, die Ueberwachung des Abreitens Herr v. Kramsta-Gabersdorf, Herr Rittmeister v. Prillwitz, Herr v. Montbach, der Waage Herr Baron v. Seidlitz-Hartlieb, Herr Bauinspector Sadeke; die Surveillance war Herr Director Knoff, Herr Graf Arthur v. Saurma und Herr Dr. Günther andertraut; das Schiedsgericht bildeten Se. Durchlaucht Herzog von Ratibor, Herr Graf L. Hendel v. Donnersmard, Hr. Rittmeister v. Prillwitz, Hr. Baron v. Ruschwig, Hr. Graf L. Hendel v. Montbach und v. Kramsta-Gabersdorf.

1) Eröffnungsrennen: Preisgeld 300 Thlr.; Pferde aller Länder und jedes Alters; Distance 600 Ruthen; 50 Thaler Einsatz, ganz Neugeld. Es waren angemeldet Graf v. Hendels sen., Fuchskute „Lavinia“, Graf L. Hendels brauner Wallach, „Capitain Crow“, Graf L. Hendels brauner Wallach, „Corp-Corp“ (der auswärts in mehreren Rennen gefegt hatte), Herrn v. v. Lühns Fuchskute „Acroftic“, Ritter C. v. Molansky's brauner Hengst „Insurgent“, sowie ein ungenanntes Pferd des L. Haupt-Gesells Gradih. Lektres, sowie „Lavinia“ und „Insurgent“ traten nicht in das Rennen ein. „Corp-Corp“ führte lange Zeit, gefolgt von „Capitain Crow“, in der zweiten Wiegung kam aber „Acroftic“ vor und siegte mit einer Länge über „Corp-Corp“. Dauer des Rennens 2 Min. 44 Sec.

2) Kronprinz-Friedrich-Wilhelm-Rennen. Staatspreis 850 Thlr.; Pferde 1864 geboren; 20 Friedrichs-R. Einsatz, 10 Friedrichs-R. Neugeld; Distance 700 Ruthen; der Sieger erhält den Preis und die Hälfte der Einsätze und Neugelder, das zweite Pferd die andere Hälfte. Von den 10 angemeldeten Pferden: Königl. Friedrich-Wilhelm-Gesellschaft Schimmelhengst „Demes“

